

## Pflegekräfte? Haben wir genug!

Selbstkritische Töne aus der Pflege: Sie will ihren schlechten Ruf loswerden. Tatsächlich gäbe es einiges Positives zu erzählen – etwa über Altenheime, denen Personalsorgen fremd sind.

Von Britta Beeger

MÜNSTER, 16. Juni. Es gibt sie noch, die Altenpflegeeinrichtungen, die keine Schwierigkeiten haben, Personal zu finden. Zum Beispiel die St.-Gereon-Seniorendienste aus Hückelhoven-Brachelen, einem kleinen Ort in einer ländlichen Gegend nahe Aachen, mit ihren vier Altenheimen, einem ambulanten Pflegedienst und diversen Tagespflegeangeboten. Gut 240 junge Menschen bilden sie aktuell zur Pflegefachkraft aus, um die 80 werden jedes Jahr fertig, viel mehr, als sie übernehmen können – und das ganz ohne Werbung zu machen, wie der stellvertretende Geschäftsführer Gerd Palm erzählt. Er sagt: „In den nächsten zehn Jahren habe ich keine Personalprobleme.“

Ein Satz, der stutzig macht, schließlich wird in der Pflege, besonders in der Altenpflege, inzwischen verzweifelt Personal gesucht. Gerade wurde bekannt, dass in Hamburg ein Pflegeheim der Arbeiterwohlfahrt schließen muss, weil es nicht genügend Pflegefachkräfte findet. Die Bundesregierung hat in ihrer „Konzertierten Aktion Pflege“ zusammen mit Vertretern von 50 Interessengruppen Ideen gesammelt, wie die Pflege wieder attraktiver werden kann, und zuvor schon ein Sofortprogramm beschlossen, mit dem 13 000 zusätzliche Stellen finanziert werden sollen. Der Bedarf ist groß, das bestreitet niemand. So ist der Bundesagentur für Arbeit zufolge zwar die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Altenpflegefachkräfte deutlich gestiegen: von 490 000 im Jahr 2014 auf zuletzt mehr als 580 000. Allerdings ist auch der Personalbedarf gewachsen, so dass im vergangenen Jahr im Durchschnitt knapp 24 000 Stellen allein in der Altenpflege unbesetzt waren. Doch es gibt Beispiele, dass es auch anders laufen kann.

Gerd Palm schießt in seiner direkten Art gleich noch einen Satz hinterher. „Wir nehmen aber auch jeden“, sagt er. „16 Jahre, Hauptschulabschluss, keine Vorstrafen, damit ist man dabei.“ Obwohl ein Teil seiner Azubis Lernschwächen hat, sei die Abbruchquote nicht höher als anderswo, betont er. Zweimal die Woche kommt, als ausbildungsbegleitende Unterstützung vom Jobcenter finanziert, eine Nachhilfe. Zwei eigene Ausbildungskoordinatoren sind für alles da, was sonst anfällt – auch, wenn es zu Hause mal Streit gibt, um seinen Führerschein zu bezahlen.

Nun gibt es in Nordrhein-Westfalen eine Besonderheit: Alle Pflegeeinrichtungen zahlen, abhängig von ihrer Größe, in einen Fonds ein. Wer ausbildet, bekommt die Vergütung daraus erstattet. Dennoch müssen die St.-Gereon-Dienste die vielen Azubis natürlich erst einmal finden, und das funktioniert allein über ihren guten Ruf. Dass die Einrichtungen versuchen, nicht nur für ihre Auszubildenden, sondern für alle Mitarbeiter viel möglich ma-



Altenpflegerin in der Ausbildung

Foto epd

chen, hat sich rumgesprachen. Jeder kann entscheiden, wie viel er arbeitet, es gibt einen Ernährungscoach und unbürokratische Hilfe bei privaten Sorgen, dazu Gutscheine etwa für einen Handwerker oder eine Wellnessbehandlung. Regelmäßig werden Palm und sein Team als einer der besten Arbeitgeber ausgezeichnet.

Trotzdem sind Beispiele wie dieses kaum bekannt. Wird über die Pflege diskutiert, geht es meistens darum, dass die Pflegekräfte sich nicht wertgeschätzt fühlen, viele Überstunden machen und aus ihrer Sicht noch dazu schlecht bezahlt werden. Während der CDU-Gesundheitspolitiker Erwin Rüdell vor einiger Zeit mit der Bitte, die Pflegekräfte sollten positiver über ihre Arbeit sprechen, noch den Zorn des ganzen Berufsstandes auf sich zog, schlugen Führungskräfte aus der Pflege inzwischen selbstkritische Töne an. „Wir schaffen es nicht, unsere Themen an die Politik zu adressieren, weil es kein ‚Uns‘ gibt“, sagte Daniel Schuster, Geschäftsführer der Procurand Unternehmensgruppe aus Berlin, vergangene Woche bei einem Branchentreffen in Münster. Die Pflege brauche eine starke Stimme und müsse selbstbewusster auftreten. „Wenn wir nicht stolz auf uns sind, wer soll es dann sein?“, fragte er.

Ähnlich sieht es Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), der in der Pflege viel vorhat und in Münster ebenfalls anwesend war. Er muss, dass 13 000 zusätzliche Stellen zu wenig seien, sagte Spahn. Und er wisse auch, dass es schwer sei, diese zu besetzen. Doch ein Anfang

sei gemacht. „Und wenn Sie in einem halben Jahr sagen, dass die Richtung stimmt, bin ich schon zufrieden“, gab er den rund 40 Geschäftsführern mit. Die Pflege müsse aber auch selbst dazu beitragen, dass ihr Image wieder besser wird: „Wenn man den ganzen Tag vom Pflegenotstand redet, dann kommt natürlich keiner“, sagte Spahn.

Klar ist: Erfolgsgeschichten gäbe es einige zu erzählen. Etwa die vom Altenheim Friedrichsburg in Münster, das im Oktober sein Ausbildungskonzept umgestellt hat. Die 23 Auszubildenden kümmern sich nun – unter Anleitung – selbst um eine gesamte Etage. Sie waschen die Bewohner, versorgen je nach Lernstand aber auch Wunden und geben Medikamente. Und sie schreiben ihren Dienstlogbuch selbst. Die Bewohner und ihre Angehörigen zu überzeugen war nicht leicht, sagt Einrichtungsleiterin Susanne Bönninghoff. Auch die Heimaufsicht sei skeptisch gewesen. Doch jetzt laufe es und die Auszubildenden seien begeistert, von Beginn an so viel Verantwortung zu bekommen. Das mache sich auch in den Bewerberzahlen bemerkbar.

Noch weiter geht Gunnar Sander, Geschäftsführer eines gleichnamigen Pflegedienstes aus Westfalen. Er hat in Form eines Pilotprojektes das Konzept des niederländischen Pflegedienstes Buurtzorg nach Deutschland geholt, das ganz ohne Führungsstrukturen auskommt. Stattdessen gibt es kleine Gruppen, die alles selbst entscheiden: wen sie einstellen, welche Pflegebedürftigen sie aufnehmen,

wie viel Zeit sie sich für welchen Patienten nehmen. Zudem binden sie Familienangehörige ein, zum Beispiel indem sie ihnen zeigen, wie man eine Insulinspritze setzt oder einen Kompressionsstrumpf anzieht. In den Niederlanden hat Buurtzorg rund 14 000 Mitarbeiter und mehr als 1000 Gruppen. Gunnar Sander ist Anfang 2018 damit in Deutschland gestartet, aktuell gibt es fünf Gruppen. Nicht alles läuft rund, eine Gruppe habe er schon verloren, erzählt er. Die, die bleiben, wüssten vor allem die Autonomie zu schätzen, und dass sie mehr Zeit für die Pflegebedürftigen haben.

Mit solchen Ansätzen kann man aus Sicht vieler Vertreter der Pflege mehr bewirken, als nur durch mehr Geld – wobei die Verdienste den Einrichtungsleitern zufolge ohnehin nicht so schlecht sind, wie oft behauptet wird. Ein Einstiegsgehalt von 2800 Euro brutto plus Zulagen für Wochenend- und Feiertagsdienste sei heute üblich, berichteten in Münster gleich mehrere Geschäftsführer. In der Ausbildung könne man im dritten Lehrjahr mit 1300 Euro rechnen – „mehr als in einer Banklehre“, wie einer betont. Gerd Palm von den St.-Gereon-Seniorendiensten bietet seinen Pflegekräften, wo möglich, sogar an, mit Home Office von daheim aus zu arbeiten. „Die ganze Dokumentation kann man auch zu Hause machen“, sagt er. Er ist aber überzeugt, dass es nicht einzelne Maßnahmen sind, mit denen die Einrichtungen Pflegekräfte für sich gewinnen. Es gehe ums Grundsätzliche, sagt er: „Unsere Mitarbeiter müssen uns genau so wichtig sein wie die Bewohner.“

## Italiens Vizepremier Salvini auf Konfliktkurs gegenüber Brüssel

Die Lega will weiter Steuersenkungen und höheres Defizit

tp. ROM, 16. Juni. Italiens Vizepremier und Lega-Chef Matteo Salvini zeigt sich bereit zum offenen Konflikt gegenüber der EU-Kommission und den Partnern in der Währungsunion. Dabei steht die italienische Regierung unter großem Zeit- und Entscheidungsdruck: Italiens Schatz- und Finanzminister Giovanni Tria sieht sich einem Ultimatum aus Brüssel ausgesetzt, denn er muss innerhalb von nur einer Woche erklären, wie Italien sein Versprechen sinkender Haushaltsdefizite einhalten will. Die EU-Kommission hatte Italien in ihrer Frühjahrsprognose für 2019 und 2020 Haushaltsdefizite von 2,5 und 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vorhergesagt, während im Dezember für 2019 ein Defizit von 2,04 Prozent des BIP vereinbart worden war und im kommenden Jahr der Fehlbetrag im Haushalt sinken sollte. Schatzminister Tria sagt, Italien könne das Haushaltsziel für 2019 ohne Korrekturen einhalten, indem Reserven von zwei Milliarden Euro nicht ausgegeben und Minderausgaben für Frührenten und Bürgergeld einkalkuliert würden. Doch offizielle Zahlen dazu gebe es erst Ende Juli – zu spät für die Frist der Europäischen Union. Für das kommende Jahr sagt Minister Tria, dass er auf jeden Fall Steuererleichterungen befürworte. Diese könnten aber nur verwirklicht werden, wenn die Kosten gedeckt seien.

Demgegenüber sagt der für die Regierungspolitik maßgebliche Vizepremier Salvini: „Es ist unser Versprechen und unsere Verpflichtung, die Steuern zu senken.“ Niemand könne dies seiner Regierung verbieten. Nach Salvinis Darstellung der vorigen Wochen müssen die Steuersenkungen auch durch ein höheres Defizit finanziert werden. „Wenn Brüssel damit einverstanden ist, bin ich zufrieden, wenn nicht, muss man in Brüssel wissen, dass es um Geld der Italiener geht, das von der italienischen Regierung und nicht von anderen verwaltet

wird.“ Der als Kandidat der Lega gewählte Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Senat, Alberto Bagnai, ein gegen den Euro eingestellter Wirtschaftsprofessor, sagte am Sonntag zur Haushaltsdiskussion, dass sich Politiker anderer Länder zu Hause mit Strenge gegenüber Italien profilieren wollten und deshalb an kleinen Abweichungen Italiens Anstoß nähmen. „Wenn es bei diesen erpresserischen und mafiosen Forderungen bleibt, muss Minister Tria nein sagen.“ Italiens Medien berichten, dass Ministerpräsident Giuseppe Conte beim Treffen der Regierungschefs in dieser Woche den Streit um Italiens Haushaltsdefizit mit der Personaldiskussion in der EU verknüpfen wolle. Ohne Entgegenkommen der europäischen Partner werde sich Italiens Regierung bei den Entscheidungen über künftige Ämter querstellen. Während die EU-Kommission kleine Erhöhungen der italienischen Staatsverschuldung auf mittlerweile 132,2 Prozent des BIP moniert, schlägt der von der Lega vom Amt des Europaministers in die Position des obersten Börsenaufsehers beförderte Paolo Savona andere Maßstäbe vor: „Wenn das Vertrauen in das Land solide ist und die Ersparnisse ausreichen, ist auch ein Schuldenniveau von 200 Prozent des BIP kein Widerspruch zu den sozialen und wirtschaftlichen Zielen der Politik.“ Dies sagte der bekennende Euro-Gegner in seiner offiziellen Rede zur Vorstellung des Jahresberichts der Börsenaufsicht Consob.

Während eines Generalstreiks der Metallgewerkschaften am Freitag zugunsten von mehr Investitionen und einer Politik für mehr Arbeitsplätze erhob der Vorsitzende der Gewerkschaft Fim-Cisl, Marco Bontivoglio, schwere Vorwürfe gegen die Regierung der Populisten von Lega und Fünf-Sterne-Bewegung: „Diese Regierung ist wie Kapitän Schettino. Für ein bisschen Beifall fährt sie gefährlich nahe an die Klippen heran.“

## Teile Südamerikas ohne Strom

Argentiniens Energieministerium sieht Sturm als Grund

tj. SÃO PAULO, 16. Juni. Millionen Argentinier sind am Sonntag im Dunkeln erwacht. Ein Kollaps des Stromnetzes morgens kurz nach 7 Uhr führte zu einem massiven Stromausfall, der praktisch ganz Argentinien sowie Teile Uruguays, Südbราซิลiens und Gemeinden in Chile betraf. Der argentinische Stromversorger Edesur meldete als Erster „einen massiven Ausfall des elektrischen Verbindungssystems“. Später informierten die Energieversorger und die argentinische Zivilschutzbehörde, dass es Stunden dauern werde, bis die Stromversorgung wiederhergestellt sei. Erst nach 10 Uhr Ortszeit wurde das System schrittweise hochgefahren und konnte die Stromversorgung in einzelnen Regionen wieder gewährleistet werden. Auch aus Uruguay wurde noch am Vormittag die Wiederherstellung der Stromversorgung in der gesamten Küstenregion gemeldet.

Eine Sprecherin von Edesur sagte zunächst, dass die genauen Ursachen des Ausfalls unklar seien. Später hieß es aus dem Energieministerium, dass ein Defekt an einer wichtigen Übertragungsleitung vorliege. Vermutlich hatte ein heftiger Sturm im Norden des Landes den Schaden verursacht. Da zum Zeitpunkt des Defekts ein geringer Verbrauch herrschte, war der prozentuale Verlust im Hochspannungsnetz so hoch, dass ein Ungleichgewicht entstand, das dann einen automatischen Schutzmechanismus aktivierte.

Allein in Argentinien waren anfänglich über 40 Millionen Personen vom Stromausfall betroffen. Der Ausfall vom Sonntag wirkte sich unmittelbar auf den öffentlichen Verkehr aus. In der Metropolregion von Buenos Aires kamen der Zugverkehr sowie die U-Bahn abrupt zum Stillstand, im Busverkehr kam es zu Verspätungen. Betroffen war auch die Wasserversorgung. Die Wasserversorger

riefen die Bevölkerung zu einem maßvollen Wasserverbrauch auf. Die wichtigen Flughäfen des Landes konnten den Betrieb dank eigener Notstromaggregate aufrechterhalten. Einen Stromausfall dieser Dimension hatte es in Argentinien noch nie gegeben. Der bisher größte Blackout ereignete sich im Jahr 2002, als rund 13 Millionen Personen in der Hauptstadt Buenos Aires und acht weiteren Provinzen ohne Strom waren. 1999 hielt ein Stromausfall über mehrere Tage an. Allerdings waren nur rund 600 000 Personen davon betroffen.

Eine besondere Ausnahmesituation herrschte in den argentinischen Provinzen Santa Fe, San Luis und Formosa, wo an diesem Sonntag Gouverneurswahlen stattfanden. In vielen Wahllokalen verzögerten sich die Vorbereitungen. In den sozialen Netzwerken verbreiteten Wähler Bilder von dunklen Wahllokalen, die in der Morgendämmerung mit Kerzenlicht und Mobiltelefonen erhellt wurden. Ob die Wahlen durch den Stromausfall beeinträchtigt wurden und dies ein politisches Nachspiel haben wird, bleibt abzuwarten. Feuerland, wo die Bevölkerung ebenfalls an die Urnen ging, war die einzige Provinz Argentiniens, die nicht vom Stromausfall betroffen war, da sie nicht am defekten Verbindungssystem hängt.

Die argentinische Regierung hatte die Strompreise in den vorigen Jahren drastisch erhöht, um in die Verbesserung der Energieversorgung zu investieren. Die Versorgungssicherheit hatte sich zuletzt tatsächlich verbessert. Allerdings führten die Preiserhöhungen für elektrischen Strom zu heftiger Kritik seitens der Opposition und waren mit ein Grund für landesweite Streiks und Proteste gegen die Regierung. Für Präsident Mauricio Macri kam der landesweite Blackout nur vier Monate vor den Präsidentenwahlen zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt.

## Türkische Wirtschaft warnt vor Sanktionen aus Amerika

Streit um Raketenbestellung in Russland eskaliert / Moody's stuft Ankara weiter herab

itz. ISTANBUL, 16. Juni. Die zunehmenden Spannungen der Türkei mit Amerika wegen der Bestellung russischer Luftabwehrraketen haben in der Wirtschaft Besorgnis ausgelöst. „Wir schließen nicht aus, dass es zu amerikanischen Sanktionen kommt, das wäre katastrophal“, sagte der Präsident des türkischen Automobilzuliefererverbands Taysad, Alper Kanca, in Istanbul. Die Fahrzeugindustrie ist der führende Wirtschaftszweig, der größte industrielle Arbeitgeber und der wichtigste Exporteur des Landes. Zugleich warnte der Deutsche Industrie- und Handelskammertag DIHT, die Sanktionen könnten auch der deutschen Wirtschaft schaden, da die Türkei ein zentraler Partner sei.

Falls die Amerikaner lediglich den Handel mit Militärgütern verbieten, wären die Auswirkungen zu verkraften, glaubt Kanca. Der Austausch von Autos und Autoteilen betrage ebenfalls nur wenige Milliarden Dollar im Jahr. „Aber schlimm wird es, wenn die Sanktionen auf Investitionsgüter ausgeweitet werden, zum Beispiel auf CNC-Maschinen aus Amerika“, sagte der Unternehmer, der Eigentümer eines Schmiedewerks für Fahrzeugteile ist.

Besonders kritisch wäre es für die Wirtschaft, wenn Washington – ähnlich wie in Iran – Strafen gegen Drittstaaten verhängte, die mit der Türkei Handels- oder Finanzgeschäfte abwickeln. Die türkische Wirtschaft ist stark von Waren- und Kapitalflüssen abhängig, vor allem aus der EU, mit der sie in einer Zollunion verbunden ist. Kanca kennt die Gefahr indirekter Sanktionen aus eigener Erfahrung, da sein Unternehmen früher in Iran engagiert war. Doch nach Beginn der amerikanischen Strafaktionen gegen Teheran distanzieren sich die Banken und Kunden in Drittmärkten von Kanca, weil sie amerikanische Repressalien fürchteten. „Die Geschäftspartner hatten Angst, und so konnte es auch bei uns sein.“ Der DIHT warnt auf seiner Internetseite ebenfalls vor Sanktionen, „die extraterritorial wirken“. In dem

kleinasiatischen Land seien mehr als 6000 deutsche Unternehmen aktiv. Sie beschäftigten 130 000 Mitarbeiter, erwirtschafteten einen Jahresumsatz von 31 Milliarden Euro und hätten einen Kapitalstock von 10 Milliarden Euro aufgebaut. Das Geschäft sei aber zurückgegangen. „Amerikanische Sanktionen mit möglicher exterritorialer Wirkung verunsichern die deutschen Unternehmen weiter“, gibt der DIHT zu bedenken. „Denn sie bedeuten für die Betriebe die zusätzliche Sorge, ihr Amerikageschäft zu verlieren, wenn sie am Türkeigeschäft festhalten.“ Im Streit

der beiden Nato-Staaten geht es darum, dass die türkische Regierung in Russland das Luftabwehrsystem S-400 bestellt hat. Das Weiße Haus hat dagegen protestiert, weil die Waffen angeblich amerikanische Kampfflugzeuge vom Typ F-35 ausspionieren können, die in der Türkei eingesetzt werden sollen. Solange Ankara die Bestellung in Moskau nicht rückgängig macht, wollen die Amerikaner weder F-35-Maschinen in die Türkei liefern noch deren Piloten schulen oder beim Flugzeugbau kooperieren. Zuletzt hatte Washington mit Wirtschaftssanktionen gedroht.



In der Nähe von Kaliningrad: das Luftabwehrsystem „S-400 Triumph“

Foto Reuters

Daraufhin kündigte die türkische Regierung Gegenmaßnahmen an. „Wir werden entsprechende Schritte unternehmen, wenn sie gegen uns vorgehen“, sagte Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu am Freitag. „Es ist für uns unmöglich, den Vertrag mit Russland aufzugeben, egal was das für Konsequenzen hat.“ Das türkische Volk müsse sich entscheiden, ob es abhängig oder frei sein wolle. Für die Unabhängigkeit falle ein gewisser Preis an: „Wir sollten bereit sein, ihn als ganze Nation zu zahlen.“ Im Übrigen habe man das Abwehrsystem schon gekauft und angezahlt, jetzt gehe es nur noch um die Aufstellung. Präsident Recep Tayyip Erdogan sagte am Sonntag, die Auslieferung der S-400 beginne bereits in der ersten Julihälfte.

Es gibt in der Wirtschaft auch beschwichtigende Stimmen. Şekib Avdagic, Präsident der Handelskammer von Istanbul – des größten türkischen Wirtschaftsstandorts – sagte: „Die Spannungen sind in erster Linie politischer Natur, die wirtschaftlichen Auswirkungen lassen sich begrenzen.“ Amerikanische Delegierte – darunter ein Vizeminister – hätten ihm versichert, dass keine umfassenden Sanktionen geplant seien. „Die Situation in Syrien, Iran oder Irak ist äußerst instabil“, sagte Avdagic. „Die Amerikaner werden es sich in der Region nicht ausgerechnet mit ihrem Nato-Partner Türkei verderben wollen.“ Unterdessen hat die Ratingagentur Moody's die Bonität der Türkei weiter herabgesetzt. Die Gefahr, dass das Land in eine Zahlungsbilanzkrise gerate, habe sich verschärft, teilte das Unternehmen mit. Damit sei die Möglichkeit gestiegen, dass die Regierung ihre Kredite nicht bedienen könne. Statt auf „Ba3“ notiert die Kreditwürdigkeit jetzt auf „B1“ mit negativem Ausblick. Zuletzt hatte Moody's das Land im August 2018 herabgestuft. Das Finanzministerium in Ankara kritisierte die neuerliche Schlechterstellung als ungerechtfertigt. Die Objektivität und Unabhängigkeit der Analyse seien in Zweifel zu ziehen.